

Vorwort „Dranbleiben“ von Klaus Schmidt

Im Folgenden geht es weniger um „Lebenserinnerungen“, vielmehr um Ereignisse und Gestalten, mit denen ich lebend, lesend oder schreibend, staunend, wütend oder Anteil nehmend in den letzten Jahrzehnten zu tun hatte. Meine Kindheits- und Jugendjahre, die in späteren Zusammenhängen erwähnt werden, deute ich hier nur kurz an:

Die ersten vier Lebensjahre verbringe ich in der scheinbar heilen Welt einer gut-bürgerlichen Familie am Niederrhein. Während des Zweiten Weltkriegs flüchten wir vor den britischen Bomben nach Schlesien und von dort vor den Russen wieder in die zerbombte Heimat. Vater ist als technischer Direktor einer Maschinenfabrik NSDAP-Mitglied, aber nicht wirklich ein Nazi, wie jüdische Freunde damals und später bestätigen. Er verehrt Bismarck und Friedrich den Großen. Also sind für mich die Preußen gut. Auf dem humanistischen Gymnasium in Mönchengladbach lerne ich nichts über den Zweiten Weltkrieg, aber viel über die Antike. Demnach war Nero zwar schlecht, Augustus aber gut. Es soll noch Jahrzehnte dauern, bis ich Tacitus' Einschätzung des Imperiums und der „Pax Romana“ kennenlerne, die er sicherheitshalber einem britannischen „Rebellen“ in den Mund legt: „Stehlen, Morden, Rauben heißen sie mit falscher Bezeichnung ‚Herrschaft‘, und wo sie Einöde schaffen, nennen sie das ‚Frieden‘.“ Aus beruflichen Gründen zieht der Vater mit uns nach Bad Godesberg. Dort beeindruckt mich evangelische Jugendarbeit und motiviert mich, Theologie zu studieren, um Pfarrer zu werden.

„Einmischung erwünscht“, sagte Heinrich Böll. Sie sei „die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben“. In diesem Sinne bin ich seit den 1960er Jahren mehr und mehr „mittendrin“. Es ist eine Zeit der Politisierung des Gewissens, die mich aufrüttelt. Mehr noch: Sie bringt vorherige Anschauungen auf den Prüfstand, verändert meine Sichtweise und stellt sie nicht selten vom Kopf auf die Füße. Davon soll im Folgenden die Rede sein - rund 50 Jahre nach Beginn der nicht allein deutschen, sondern transnationalen „1968er“-Bewegung, die hierzulande schon am 2. Juni 1967 ihren Anfang nahm. An diesem Tag besuchte der von prägeln den iranischen und deutschen Sicherheitskräften flankierte Schah Reza Palawi Berlin. Dabei wurde der Student Benno Ohnesorg von einem deutschen Polizisten erschossen. Eine erste Welle der Studentenbewegung war die Folge. Vor allem der Vietnamkrieg führte dann zu einer Ausweitung von Protest und Engagement im Horizont internationaler Solidarität - auch in Köln. In dieser Zeit nahm ich an Lernprozessen teil, die mein Leben nachhaltig prägten - intensiver als die eigenen Studienjahre. Mit ihnen beginne ich meinen Rückblick.

Für die Bereitschaft anderer, mein Manuskript zu lesen und für manche Kritik und Ermutigung bin ich sehr dankbar - nicht zuletzt meiner Frau Ghita Gothóni. Besonders gefreut hat mich Günter Wallraffs Angebot, ein

Nachwort zu schreiben, weil mich seine Arbeit „für die da unten“ durch die freundschaftliche Verbundenheit mit ihm nachhaltig beeinflusst hat.

[Schlußkapitel:] Trotz alledem

Der Koloss auf tönernen Füßen

Seit der Kindheit sind Krieg - und später politischer Widerstand - für mich prägende Ereignisse. Zwar glaubte ich in naiven Jugendjahren, ich lebte dank der USA und „des Westens“ im Wesentlichen in einer auf Frieden basierenden „freien Welt“, doch die genaue Interpretation der „Truman-Doktrin“ (1947) und ihrer Folgen belehrte mich später eines Besseren: Angeblich sollte außenpolitischer Grundsatz der USA werden, „freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen“. Unmittelbares Ziel des Präsidenten Harry S. Truman war jedoch Militär- und Wirtschaftshilfe zugunsten antikommunistischer Kräfte. Die Doktrin bedeutete das Ende der US-Kriegskoalition mit der Sowjetunion und markiert den Beginn des auch vom Stalinismus stabilisierten Kalten Krieges, mit dem George Bush die „Achse des Bösen“ bedrohte und der bis heute nie vollständig aufhörte.

Der Protest gegen den Vietnamkrieg Ende der 1960er Jahren bewirkte bei mir endlich die „Politisierung des Gewissens“. Durch persönliche Begegnungen kam ich dann mit dem Protest und Widerstand gegen die Diktaturen in Nicaragua und Iran in Berührung, die nicht nur durch US-Machtinteressen, sondern auch bundesdeutsche Wirtschaftsinteressen gestützt wurden.

An solcher Interessenpolitik hat sich hierzulande bis heute wenig geändert. Hinzu kommt damals wie heute die für den Staatshaushalt und die Rüstungsindustrie verlockende „Friedens“-politik, die letztendlich Kriege nicht nur verschärft, sondern sogar auch erst schafft: „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt.“ Diese Parole der Friedensbewegung aus den achtziger Jahren hat ihre traurige Bedeutung bis heute behalten. Ich erwähne sie immer wieder in privaten oder öffentlichen Diskussionen. Sollte 1982 noch der Export von Kriegswaffen in Länder außerhalb der NATO grundsätzlich unterbleiben, gelten seither dehnbare Formeln. Die Lieferung dürfe „nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen“. Bei „vitalen Interessen Deutschlands“ sind aber Ausnahmen gestattet.[\[1\]](#) Lieferungen nach Saudi-Arabien sind dafür bis heute ein ebenso verlogenes wie makaberes Beispiel!

Außerdem: Die seit 1968 entstandenen sozialen Bewegungen erreichten einerseits einzelne Fortschritte in Deutschland, forderten andererseits bei konsequenter Verfolgung ihrer Ziele die staatliche Gewalt heraus.

Während die Rede vom Atomausstieg zum Regierungsprogramm wurde, sahen wir Protestler uns bei den Ostermärschen einem immer größeren Polizeiaufgebot gegenüber. Hinzu kam seit den 1980er Jahren eine ständige Verschärfung des Demonstrationsrechts. Dass der lange Marsch in den 1960er Jahren nicht gelang, hat viele Gründe - und endete bei der grünen Partei (aus der ich 1999 nach Beginn des Kosovo-Kriegs austrat), schon vor Koalitionen mit der CDU.

Der hier skizzierte Niedergang hat gewiss nicht nur BRD-interne, sondern auch weltweite Gründe: die Hoffnung auf eine Weltrevolution entsprang, wie sich im Nachhinein leicht feststellen lässt, einer zu optimistischen Einschätzung geschichtlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Der vom militärisch-wirtschaftlichen Komplex abgestützte globale Neoliberalismus, dieser mächtige Koloss auf tönernen Füßen, siegte vorläufig auf der ganzen Linie. Schlimmer noch: Viele Befreiungsbewegungen scheiterten nicht nur an dieser Macht, manche auch an ihren (ehemaligen) Führern, die die einst erstrebte bessere und gerechtere Gesellschaft desavouierten oder gar torpedierten: Robert Mugabe in Zimbabwe zum Beispiel. Auch Nelson Mandelas Traum wird in Südafrika von Jahr zu Jahr mehr auf eine harte Probe gestellt. Und immer wieder bedrücken mich die Nachrichten über Länder, die mir durch menschliche Begegnungen nahe kamen - wie im Fall Nicaragua. Besonders gilt das für das Land, in dem ich ein Jahr lang tätig war: den Philippinen, in denen die auch durch Befreiungskämpfe erhoffte „people power“ scheitert.

Das „Ende der Geschichte“ ist freilich noch nicht erreicht. Attac formuliert die weltweite Hoffnung der „1968er“ vorsichtiger - aber auch blasser: „Eine andere Welt ist möglich.“ Zu denen, die aufgrund Jahrzehnte langer politischer Kenntnisse und Erfahrungen ermutigend und zielgerichtet auf mich - und viele andere - wirken, gehört Jean Ziegler.

„Der schmale Grat der Hoffnung“

Anfang der sechziger Jahre begegnet der junge Jean Ziegler (* 1934) dem damals schon legendären Che Guevara bei einer internationalen Konferenz in Genf. Er ist begeistert und will mit ihm aufbrechen, um die Welt zu verändern. Doch Che Guevara überzeugt ihn, in Europa zu bleiben, um hier gegen den „Kopf des kapitalistischen Monsters“ zu kämpfen. Seither kennt er als Schriftsteller, Professor, Abgeordneter im Schweizer Parlament und Mitarbeiter der UNO keine Ruhe, um in Büchern und Vorträgen die Macht der Manager des Finanzkapitals und deren Verantwortung für den Hunger in der Welt anzuprangern.

Seit vielen Jahren setzt er sich im Auftrag der Vereinten Nationen mit all seinen Kräften für die Menschen ein, die der auf der Insel Martinique geborene französische Schriftsteller und Vordenker des Antikolonialismus Frantz Fanon die „Verdammten der Erde“ genannt hat.[\[2\]](#) Zunächst als

UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, dann als Vize-Präsident des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrats kämpft Jean Ziegler gegen Hunger und Unterernährung, für Menschenrechte, für Frieden.

Von diesen Kämpfen, seinen Erfolgen – aber auch den Niederlagen – berichtet Ziegler in seinem Buch „Der schmale Grat der Hoffnung“ (München 2017) aus unmittelbarer Erfahrung, beleuchtet die imperialen Machenschaften hinter den demokratischen Kulissen, analysiert die Strategien des globalisierten Finanzkapitals. In Sieg und Niederlage fragt er sich: Was können wir tun, damit die Vision einer Weltorganisation politische Praxis wird und die Vereinten Nationen instand gesetzt werden, den Frieden, die Menschenrechte und den Völkern der Welt ein Existenzminimum zu sichern? Der von ihm praktizierten multilateralen Diplomatie stellt er die imperiale Strategie gegenüber, nach der einzig eine globale Macht die Mittel und Fähigkeit hat, in Krisenzeiten überall einzugreifen und Frieden zu erzwingen.

Ziegler kritisiert die „kannibalische“ Weltordnung. Allein 2016 seien auf den Schlachtfeldern von Hunger, Epidemien und den fatalen Folgen des Klimawandels 54 Millionen Menschen gefallen, der Zweite Weltkrieg habe insgesamt 57 Millionen Opfer gefordert: der „Dritte Weltkrieg“ gegen die Völker der „Dritten Welt“ habe längst begonnen. Die weltweite Steuerhinterziehung habe beträchtliche Mitschuld daran.

Inzwischen gebe es jedoch ein neues, planetarisches Subjekt: die planetarische Zivilgesellschaft. Diese Milliarden von sozialen Bewegungen, wie ATTAC gegen die Finanzmächte, Greenpeace zur Rettung der Natur, die Frauenbewegung gegen die ständige unannehmbare Diskriminierung der Frauen in praktisch allen Gesellschaften, die Amnestie- Bewegung gegen Menschenrechtsverletzungen, nicht zuletzt das Weltsozialforum, das keinem Zentralkomitee gehorcht, keine Parteilinie hat, sondern eine Kraft, den kategorischen Imperativ im Sinne von Immanuel Kant: gegen die Unmenschlichkeit anzugehen, die anderen angetan wird und die Menschlichkeit auch in uns selbst zerstört. Diese Zivilgesellschaft - so hofft Ziegler - wird den Raubtierkapitalismus, die kannibalische Weltordnung zerstören und eine neue Welt der Solidarität, der Gerechtigkeit und des glücklichen Zusammenlebens erschaffen - wenn es den Aufstand des Gewissens geben wird.[\[3\]](#)

Zuversichtlicher Protest

Der Protest gegen „kannibalische“ Herrschaftsverhältnisse wurde schon von jüdischen Propheten zur Sprache gebracht, etwa von Jesaja (5,8): „Weh denen, die ein Haus zum andern bringen und einen Acker an den andern rücken, bis kein Raum mehr da ist und ihr allein das Land besitzt!“ Doch später wuchs Zuversicht: Die zuvor Ausgebeuteten würden „Häuser bauen und selbst darin wohnen, sie werden Reben pflanzen und selbst ihre Früchte genießen. Sie bauen nicht, damit ein anderer in ihrem Haus

wohnt, und sie pflanzen nicht, damit ein anderer die Früchte genießt“ (65,21f). Konkrete Worte auch für eine Zeit und ein Land, in dem Mieten unbezahlbarer werden und (Mindest-)Löhne kärglich bleiben.

Besserverdienende verdrängen oft solche und schlimmere Tatsachen. Mir geht das gelegentlich genauso. Doch Resignation angesichts wachsender Weltgefahren ist gefährlich, meinte Erich Fried in seinem Gedicht „Gründe“: „Sie tun ja doch was sie wollen... Weil man nie weiß / wie einem das schaden kann / Weil sich die Mühe nicht lohnt / weil sie alle das gar nicht wert sind / Das sind Todesursachen / zu schreiben auf unsere Gräber / die nicht mehr gegraben werden /wenn das die Ursachen sind.“ Robert Blum äußerte sich 1844 in einem Brief an seine Schwester Margarete in ähnlicher Weise: Es hätte „nie eine Reformation und keine Staatsrevolution und überhaupt nichts Gutes und Großes gegeben, wenn jeder stets gedacht hätte: „Du änderst doch nichts!“

Nie gebe ich die Hoffnung auf, dass der Koloss mit seinen tönernen Füßen nicht ewig stabil bleibt. Bertold Brecht schrieb in seinem Gedicht „An die Nachgeborenen“: „Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten! / Das arglose Wort ist töricht. Eine glatte Stirn / Deutet auf Unempfindlichkeit hin. Der Lachende / Hat die furchtbare Nachricht / Nur noch nicht empfangen.“ Doch in seinem Lied „Lied von der Moldau“ klingt Hoffnung an: „Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne / Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt. / Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne / Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.“ Zuversichtlich fügt Brecht hinzu: „Die Nacht hat zwölf Stunden, / dann kommt schon der Tag.“

Die Herausforderung wächst, dem Tag, der kommen soll, nicht passiv entgegen zu leben, vielmehr auch in Stadtteilen und Bürgerinitiativen, durch Protestaktionen auf der Straße wie im Internet aktiv zu werden. Brecht hat es in seinem „Gegenlied“ auf den Nenner gebracht: „Besser scheint 's uns doch, aufzubegehren / Und auf keine kleinste Freude zu verzichten / Und die Leidensstifter kräftig abzuwehren / Und die Welt uns endlich häuslich einzurichten.“

Ohne Rüstungskonversion und globale wie nationale Friedensarbeit ist das Ziel freilich nicht zu erreichen. Im Blick auf seine Zeit spürte das schon Jesaja und gab seiner Friedenshoffnung umso markanteren Ausdruck (2.4): „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Spieße zu Sichel. Denn es wird kein Volk gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfert nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“